

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Postgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags Mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreispaltige Kleinzeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Preffestimmungen zu unserm Bundestag.

Ueber unsern ersten Bundestag haben sich die meisten Gewerkschaftsblätter, soweit sie davon Kenntnis genommen, nur rein referierend geäußert. Nur wenige Zeitungen haben dazu in größerem Umfang Stellung genommen. So widmet die „Nachbegerzeitung“ der Tagung eine längere Betrachtung, sie sagt zu den Fachgruppen-tagungen:

„Zwar hörten wir dort Klagen, zum Beispiel über nicht genügendes Verständnis der Bauarbeiter für die Bedürfnisse der Zöpfer usw., oder wegen ungenügender Berücksichtigung im Fachblatt; aber gerade das ist auf jedem Verbandstag der Fall; übrigens hatten wir den Eindruck, als läge es oft mehr an den Personen als am System. Die Gruppenleiter der Zöpfer, Glaser, Appeltreue brachten auf dem Bundestag zum Ausdruck, daß sie über keine Schwierigkeiten zu klagen hätten.“

Nachdem dann die „Nachbegerzeitung“ die wichtigsten Beschlüsse des Bundestages erwähnt, widmet sie ihm folgende verständige und freundliche Schlussbetrachtung:

„Alles in allem war der Bundestag ein Zeichen dafür, daß der neue Bau sein Submissionsprodukt ist, daß er vielmehr auf festem Grund steht, in dem schon zu wohnen ist. Noch einige Schwere sind ohne Weiteres offensichtlich werden Maler, Dachbedeker, Zimmerer, Tischler, Bauhilfsarbeiter usw. recht bald den Bund vervollständigen, um ihn so zu gestalten, wie ihn sich die Gründer vorgestellt haben.“

Anders urteilt der „Zimmerer“ über diesen „neuen Bau“:

„Das Ziel des Bauergewerksbundes ist bekanntlich die Zusammenfassung aller am Bauwerk beteiligten Arbeiter, der bauausführenden sowohl wie der bauvermittelnden. Bei dem Streben nach diesem Ziel treten dem Bunde starke Schwierigkeiten entgegen. Das liegt in der Natur der Sache. Soweit die bauausführenden Berufe in Frage kommen, stehen namhafte Verbände (Dachbedeker, Maler, Zimmerer usw.) noch außerhalb des Bundes. Sie nehmen teils kühle Zurückhaltung, teils strikt ablehnende Stellung ein. Nicht minder groß, aber leicht gar noch größer, sind die Hemmnisse nach der Seite der bauvermittelnden Arbeiter hin, die heute meist im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, der bis jetzt, was ihm durchaus nicht verdacht werden kann, keinerlei Neigung verrät, dem Verband des Bauergewerksbundes nach wichtigen Mitgliedergruppen seiner Organisation zu entsprechen, sondern sich dagegen entschieden zur Wehre setzt. Trotzdem wird der Bauergewerksbund lebhaft für seine Idee, mitunter sogar reichlich stümmlich. Heute überwiegen im Bauergewerksbund zahlenmäßig die ungelernen Arbeiter; ein Zustand, der für die Facharbeiter nicht besonders glücklich ist, da ihr Einfluß im Bunde zurückgedrängt wird. Ein stärkerer Einfluß der Facharbeiter wäre dem Bunde sehr dienlich; er würde allerdings auch für die ungelernen Arbeiter durchaus sein. Man braucht die ungelernen Arbeiter zu halten nicht für einen „Nose am Bein der Facharbeiter“ zu halten und kann trotzdem im Interesse des Fortschreitens der Gesamtorganisation den Facharbeitern, die in jedem Falle Wegbereiter auch für die ungelernen Arbeiter sind, einen ausschlaggebenden Einfluß wünschen. Dieser kann jedoch nur gewonnen werden, wenn mehr Facharbeiter zu dem Bauergewerksbund stoßen. Bei den Dachbedekern soll im nächsten Herbst eine Abstimmung die Entscheidung hierüber herbeiführen. Die Maler sind zwar nicht Gegner des Anschlusses, aber sie sind ihm doch aus durchaus plausiblen Gründen bisher gern ausgewichen. Der Bauergewerksbund hat deshalb mit Ausnahme der großen Bauergewerksgruppe mit den kleineren Fachgruppen (Stukkateure, Glaser, Zöpfer, Appeltreue) vorliebnehmen müssen.“

Zu dieser Betrachtung einige Bemerkungen. Die „strik ablehnende Stellung“ bauausführender Berufe gegenüber der Idee des Bauergewerksbundes dürfte wohl nur bei Teilen des Zimmererverbandes vorhanden sein. Die Gründe sind darin zu suchen, daß eine Gewerkschaft, die nur aus gleichartigen Facharbeitern besteht, eine leichtere Uebersicht über ihr Organisationsfeld hat und daß die Solidarität unter den Mitgliedern ausgedehnter erscheint als im Fabrikarbeiterverband. Das ist aber auch so ungefähr alles. Daurende Eigeninteresse wird bei ihren Lohnbewegungen nicht erreichen können. Denn die niedrigeren Löhne der anderen würden bei den Lohnfortschritten der Sondergruppe verdrängen. Wir wollen ferner angeben, daß im Fabrikarbeiterverband das Organisationsfeld etwas schwerer zu überschauen ist und daß in ihm naturgemäß die ungelernen Arbeiter zahlreich vertreten sind. Die letzteren sind Arbeiterkämpfer, die bei Arbeitskämpfen leichter zu erfassen sind, auch sind sie vielfach nur vorüber-

gehend in der Organisation, weil sie leichter die Arbeitsart wechseln und dann der für die neue Arbeitsart zuständigen Organisation beitreten. Wir dürfen uns aber in der Gewerkschaft von keinerlei Berufsegoismus leiten lassen. Wir müssen in ihr die Ungelernten mit gleicher Liebe behandeln. Das ist das höhere Prinzip des Fabrikarbeiterverbandes, der die Gewerkschaftsarbeit als Allgemein gut betrachtet, eine Solidarität, die für alle da ist, ganz gleichgültig, welcher Beruf und ob gelernter oder ungelerner Arbeiter. Wir halten es für einen schweren Fehler, daß sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung in ihren ersten Anfängen nur auf Berufsarbeiter erstreckte, daß man es damals beinahe als selbstverständlich erachtete, daß Ungelernte nicht organisiert waren. Die unausbleibliche Folge war, daß damals die Lohnunterschiede zwischen Facharbeitern und Ungelernten vielfach

darüber ängstliche Betrachtungen angestellt wurden, welcher Verband wohl bei den Abgrenzungen der für jeden Industrieverband zuständigen Gruppen in der Mitgliederzahl gewinnt oder verliert. Allein die größere Zweckmäßigkeit darf dabei entscheidend sein. Uebrigens könnte der Zimmererverband dem, was er im Bauergewerksbund als „Nachteil“ empfand, nämlich, daß die Ungelernten die Facharbeiter an Zahl überwiegen, leicht abhelfen. Er brauchte nur als Fachgruppe unserm Bunde beizutreten und schon wäre das Uebergewicht der Facharbeiter vorhanden. Können dann noch die Dachbedeker und Maler, dann würde das Uebergewicht noch größer. Und da der Fabrikarbeiterverband „keinerlei Neigung verrät“, dem Bauergewerksbund zu dessen Vervollständigung bestimmte Gruppen abzugeben — was ihm der „Zimmerer“ durchaus nicht verdenken kann —, so wäre auch für die Zukunft der zahlenmäßige Einfluß der Gelehrten in unserm Bunde gesichert.

Erwähnenswert wäre noch eine Auslassung über unser Bundestag im Fachblatt des deutschen Bauarbeiterverbandes der Hochscholienwärtigen Republik, dem „Bund“. Er sagt:

„In Karlsruhe waren es die Kommunistenführer Brandler und Hedert, die dort immerhin eine ansehnliche Zahl der damaligen Abgeordneten für die Moskauer Thesen zu gewinnen vermochten. In Leipzig wurde der Verbandstag unter Führung Hederts gesprengt. Welche Wandlung dagegen beim Hamburger Bundestag! Es waren auch dort kommunistisch orientierte Abgeordnete. Es gab aber diesmal kein wüßes Geschrei, keine gemeine Schimpferei, keine Drohungen, keine Tätlichkeiten. Die wenigen „Antiamsterdamer“ stellten sich dem Bundestag nicht mehr als kommunistische Saulusse, sondern als von der gedrückten Lohnernunft befreite und bekehrte Kaulusse vor. Freilich Hedert (nach dem Will der Kommunisten war es Radmann, was ja an sich ohne Belang ist. Red. d. Gr.) war auch diesmal wieder anlässlich des Bundestages von Berlin nach Hamburg gekommen, um in einer Versammlung die Abgeordneten zu „revolutionieren“ und die Hamburger Bauarbeiter zu Moskauer zu gewinnen. Einer der größten Säle Hamburgs wurde für diese große öffentliche Versammlung gemietet. Trotz lebhaftester Agitation waren nur rund 70 Bauarbeiter dem Rufe Moskauer gefolgt. In Hamburg konnte also ein zweites Leipzig nicht geschaffen werden. Aber wenn die Kommunisten auch gewagt hätten, ein zweites Leipzig zu versuchen, in Hamburg wäre es nicht gelungen. Die Hamburger Volksgemeinschaft hätte Vorbeuge getroffen, daß weder bewußte, noch gedrückte Lohnernunft den Bundestag stören konnte. Die Verhandlungen waren in allen Punkten sachlich und von der Verantwortung getragen, im Interesse der Arbeiter zu wirken.“

Damit kommen wir zu dem „Bericht“ im Mitteilungsblatt unserer lieben Ausgeriffenen, im „Bauarbeiter“. Im es gleich zu sagen: Gelert hat das Blatt aus unserer Tagung nichts. Durch zwei Nummern hindurch feiert darin die „bedrückte und gedrückte Lohnernunft“ wahre Orgien. Zunächst hat es ihm am Begrüßungsabend das Schild angetan, das dort noch aus Anlaß der Tagung des Buchdruckerverbandes, der soeben den Saal geräumt hatte, wallbergesen hing und dessen eckwärtig uralten Sinnpruch „Gott grüße die Kunst“ enthielt. Natürlich gibt dieser Umstand dem „Berichterstatter“ — den wir gern fragen möchten, ob er noch der Landeskirche angehört — mancherlei Stoff zu „religiösen“ Betrachtungen. Dabei gerät er in Halluzinationen und stellt auf unserm Bundestag einen christlichen Verbandsangestellten, an den sogar Freilich Baeplov eine schwingende Begrüßungsansprache gehalten, wozu der „gute Bundestag“ nicht einmal „getrunnen“ hat. Ob der Berichterstatter zu viel Hamburger Ertrag geschneit und in diesem Zustande Mahnwiden gewirkt hat oder ob es ihm nur auf Schwimmbelie ankommt — jedenfalls ist zu seiner Minute oder Stunde auf unserm Bundestag ein Vertreter irgendeiner christlichen Organisation anwesend gewesen; folglich konnte ihm auch Baeplov keine „schwingende Begrüßungsansprache“ widmen.

Nachdem das Ausgeriffenenblatt seine konfus-religiöse Andacht — vermischt mit Schwimbel — beendet, stellt es allerdand Betrachtungen an über „die Vertretung dieses gutmütigen Bundestages“. Das kommt daher, weil die „Bureaucraten“ die revolutionären Elemente schon vor der Wahl aus dem Bunde hinausbugziert hätten. Ei, guck da! Wo sind diese „Revolutionäre“ denn abgeblieben? Im Ausgeriffenenverband sind einige Tausend. Aber wo sind denn die Hunderttausende? Das sind wohl die von jener Seite so inbrünstig angeführten Inorganisierten? Kinder, muß Euer Publikum anpruchlos sein! Wenn wir Euch „organisieren“ Ausgeriffenen samt und sonders das Maßrecht zu unserm Bundestag spendiert hätten und immer auf 200 Mitglieder einen Delegierten — auch dann noch wäre! Ihr auf diesem Bundestag eine hoffnungslose

Die freie Meinung.

Man sagt mit Recht, daß jeder seine Meinung frei äußern soll. Bejahung und Verneinung, Sie hängen ab von Grund und Gegengrund, Wird dies gegreift, dann wird in unserm Bund ein reger Stillenustausch sich gestalten, Wodurch sich alle Kräfte gut entfalten ...

Die These stimmt. Doch wo's jeul' mancher freit: Nur müßt und schüß, sit an den „Bonjen“ reit, Sich nicht genug kann tun im Schimpen und im Spuken, Und dann verlangt, ihm soll sich jeder duden — So ist das nicht der Geist der freien Meinunq, Es ist der Ungeist ärmender Verneinunq!

So geht das nicht. Der echte Meinungsstreit Soll alimen erste, liebe Sachlichkeit, Dabei soll jeder nach dem Guten streben, Nur dem Bedenken unsers Bundes leben, In Treue und mit brüderlichem Sinn — Dann ist der Meinungsstreit ein hochgewinn!

Sonst aber nicht. Die stillschweiger Mit schlechten Gründen, aber viel Geschrei, Dazu ein dres Schimpen, lüdes Zanten, Dies schadet, stört, verwirrt die Gedanken — Wer dies nicht lassen kann, mag von uns steh'n, Denn unser Bund lebt besser ohne ihn!

Caef.

himmelweit auseinanderklaffen. Dies wurde den Facharbeitern schließlich bei ihren weiteren Lohnbewegungen äußerst hinderlich, eine einwandfreie Rechtfertigung ihrer Forderungen aus äußerer Not erschießen oft geradezu unmöglich. Dem Fabrikarbeiterverband, dem Transportarbeiterverband, dem ehemaligen Bauhilfsarbeiterverband fällt das große, historische Verdienst zu, die Organisation der ungelernen Arbeiterkämpfer betrieben zu haben; zu ihnen dabei erreichten Erfolge können wir ihnen nur unsere Hochachtung bezeugen. Ihr Wirken war damals eine gewerkschaftliche Notwendigkeit. Allerdings erscheint heute dieser Abschnitt der Gewerkschaftsentwicklung gleichfalls überwunden, diese drängt nunmehr unter dem starken Einfluß des industriellen Fortschritts zum Industrieverband. Daß sich bei dieser Fortentwicklung zur höheren Organisationsform Hindernisse in dem Weg stellen, ist nicht verwunderlich. Jeder neue Gedanke erfährt Bekämpfung, Jedenfalls ist die Industrieorganisation der vornehmste Ausdruck allgemeiner Solidarität, sie will mit Hilfe der Facharbeiter auch den e helfen, die in früheren Jahrzehnten die Stiefkinder der Gewerkschaftsentwicklung waren. Andererseits bedürfen wieder die Facharbeiter der Hilfe der Ungelernten bei ihren Lohnkämpfen. Als Vorteil kommt dabei in Betracht, daß der Industrieverband der Unternehmern eine geeinte Masse mit einer Spitze entgegenstellt, was das Ganze schneller einschlagfähig, beweglicher, schlagfertiger und widerstandsfähiger macht. Wer in einem solchen Industrieverband zahlenmäßig die Mehrheit hat, Gelehrte oder Ungelernte, entscheidet völlig belanglos; nicht die Zahl entscheidet, sondern die größere Intelligenz. Und wenn diese sächlich bei den Ungelernten ist, so können sich die Gelehrten dem gern fügen, sie sahen dann jedenfalls nicht schlecht. Sonderinteressen gibt es in einem Industrieverband nicht. Und ein ängstliches Abwägen, welche Gruppe das Uebergewicht des größten „Einfluß“ hätte, ist für den, der im Industrieverband das Gebotene sieht, ohne Interesse. Aber wenn sich die Einsicht allgemein Bahn gewonnen hätte, daß der Industrieverband das für die Gesamtarbeiterkämpfer Vollkommene ist, dann wäre es heimlich und entpöche nicht dem großen Gedanken der Industrieorganisation, wenn

Minderheit geblieben! Eure Darlegungen erwecken viel- leicht Eindruck bei Schwachen im Geiste ...

Nur 5 Mann hätten auf dem Bundestag die „revo- lutionäre Kraft“ vertreten. Solche revolutionäre Kraft können wir uns schon gefallen lassen.

Daß man sich ferner dort drüben in Großemahn ver- rückt und behauptet, daß „durch alle Debatten der Ver- bandstages und des Bundestages die für die Bureaukratie so fürchtbare Frage ging: Was werden die Kommunisten dazu sagen? ...

Was das Volkswirtschaftliche weiter noch zu unserer Tagung sagt, ist, wie das bereits Erwähnte, der gewöhn- liche volkswirtschaftliche Kohl und allgemeine Entstellung. Inneere Entfremdung zum Maßstab eines Reichscharakter- trages wird in der bekannten Art vermehrt, es wird dabei gelogen, daß sich die „Bureaukraten“ sogar für den Zwöl- fter Bundestag begeistern.

in Eurer Presse zugeführt. Und warum Ihr der Opposition befehlt, in unserm Bund zu bleiben? Weil das die neue Parole ist, weil das ein o j e w angeordnet hat, weil er Euch befohlen hat, selbst wieder bei uns Anstich zu suchen. Und warum? Weil in Moskau und bei Euch immer noch der hinterbrannte Wahn spult, die deutschen Gewerkschaften dennoch für Moskau gewinnen zu können, sie „trop alledem“ für den Bürgerkrieg und den sozialisti- schen Weltkrieg „reif“ zu machen.

Freihandel oder Schutzoll?

Die Frage Freihandel oder Schutzoll tauchte in be- sonders starkem Maße zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden Ruße nach dem Freihandel laut. Das war in jener Zeit, in der mit der Einführung der ersten Maschinen ...

Diese Lehre fand ihre wissenschaftliche Begründung durch den englischen Nationalökonom Adam Smith.

Sein sogenanntes Arbeits- oder Industriesystem ist auf frei- handlichen Grundfragen aufgebaut. Etwas später hat dank sein Landsmann, D a v i d R i c a r d o, die Freihandels- theorie weiter ausgebaut und ihre eine wahrhaft klassi- sche Form gegeben. Die bekanntesten Freihändler (Manchester- leute) sind die Engländer. Von diesen waren es besonders die Industriellen, weil sie für ihre Waren die schon in größeren Massen hergestellt wurden, Absatzgebiete brau- chen. Diese wurden ihnen aber von anderen Ländern vielfach durch hohe Schutzölle verweigert. Schutzölle fanden in früheren Zeiten ihre weitere Begründung in der merkanti- listischen Wirtschaftsauffassung. Der Merkantilismus ist die Lehre von der Allmacht des Geldes. Man nahm viel- fach an, daß der Reichtum eines Landes abhängig sei von der Summe des Geldes und der Menge der Edelmetalle, über die das Land verfügte. Zu diesem Zwecke mußte die Handelsbilanz so aktiv wie irgend möglich gehalten wer- den, indem mit allen verfügbaren Mitteln — einschließ- lich der Gewalt — die Wareneinfuhr auf das Minimum ver- ringert wurde, die Ausfuhr dagegen auf das möglichst höchste Maß gesteigert wird. Von diesem Bestreben zeugen die vielen Einfuhrverbote und Verbote anderer Art aus der Zeit des Absolutismus. In dieser Zeit gab es Verbote, eine bestimmte Art von Stoffen zu tragen, die vom Aus- land eingeführt werden mußten; der auf merkantilistischer Grundlage ruhende absolute Fürstentum verbot seiner Bürger auch das Tragen und anderes. Merkantilismus ist also eine vom Staate geleitete Wirtschaftsform, die ihre Grundlage nicht in den naturwirtschaftlichen Reichtümern, sondern im G e l d e sieht. Diese Form des Wirtschaftens erfuhr dem absoluten Staat die einzig richtige; denn sie steigerte die Zahlungsfähigkeit des Fürsten, indem ihm nun die Möglichkeit geboten war, seine Steuern in Form von G e l d a b g a b e n zu erheben. Diese Form der Waga- be ihm dazu noch die Möglichkeit zur Annahmende von Reichtümern, die er jederzeit — auch im Ausland — ber- werten konnte. Der fürstliche Staat des absoluten Staates ist gleichbedeutend mit Staatsbankrott. Lediglich zur Stärkung der Fürstentum wurden Schutzölle und Einfuhrverbote gebraucht.

Der Schutzoll kann aber auch eine Maßnahme sein, die im Allgemeininteresse des Landes liegt, wenn durch ihn ein im Lande selbst befindlicher Wirtschaftszweig, oder Industriezweig, der erst im Aufstehen begriffen ist, davor geschützt werden muß, durch Einfuhr billigerer Waren gleichzeitiger Art daran verhindert zu werden. In solchem Falle wird dann der Schutzoll als Erziehungszoll. In diesem Sinne hat F r i e d r i c h L i s t — von dem auch diese Wortprägung stammt — um die Mitte des 19. Jahrhunderts den Schutz- oll gelehrt.

Schutzoll oder Freihandel sind wechselseitig von den vertriebenen Warenerzeugern gefordert worden. Je nachdem, ob dieser oder jener günstig auf ihre Gewinne wirkte. War ein besonders lebhaftes Ausfuhrbedürfnis vorhanden, so machte sich auch eine ebenso starke Meinung zum Freihandel bemerkbar.

Deutschlands Wirtschaftspolitik ist — als Ganzes ge- nommen — nie freiheitlich gewesen, sondern fast immer Schutzollpolitik. Der in sich geschlossene, auf feudaler Grundlage ruhende absolute Fürstentum hatte auch in Deutschland die merkantilistische Grundanlage. Er war nach dem Dreißigjährigen Kriege als die neue Staatsform auf- gekommen und brachte zu seinem Schutze und seiner Er- haltung ein Silberverbot. Das Silberverbot war auf mili- tärischen Gebiete der Uebergang von der Natural- zur

Camillo Castiglioni.

(Eines Inflationsergebnisses Östlich und Süd.)

In dem Wiener Palais Castiglioni gingen die höchsten Würdenträger der österreichischen Republik, Mitglieder des Reichsrates, die Größen der mitteleuropäischen Finanz usw. ein und aus. Der Zusammenbruch der altösterreichischen Monarchie hatte die früher so allmächtigen Habsburger zu gewöhnlichen Bürgern gemacht; an ihre Stelle waren andere Nachfolger getreten, Könige der Inflation, von denen Camillo Castiglioni der Bedeutendste war. Seine Macht reichte weit über die Landesgrenzen Österreichs hinaus. Im Bund mit Stimmes und andern Kapitalgrößen war er einer der Mächtigen Europas. Vor dem Kriege vollständig un- bemittelt, stieg sein Reichtum gleich einem Kometen zu unvor- stellbarer Höhe. Er galt als der reichste Mann Österreichs. Sein Vermögen wurde auf 600 Goldmillionen geschätzt. Versuchen wir den Werdegang dieses Meisters der Spekulation in einer gedrängten Schilderung festzuhalten.

Geboren in Triest, als Sohn eines Rabbiners, kam Castiglioni nach Wien, wo er zum Direktor der Semper- werke der heutigen Amerikanisch-Österreichischen Summi- werke emporstiegen konnte. Während des Krieges machte er sich selbständig und warf sich auf die Fabrikation von Autos, mobilien und Flugzeugen. Die Gewinne floßen reichlich, sie gestatteten ihm, sich bei angesehenen Werten (Austro Daimler, Österreichische Fiat A.G., Brown Boveri, Austro Fiat A.G. und andere) Einfluß zu verschaffen. Bei Abschluß des Krieges war Castiglioni ein reicher Mann.

Doch, was dies nur der Anfang. Sein eigentlicher Auf- stieg begann erst mit dem Uebergang der österreichischen Währung. Auf dem Kampffeld der Werteverfälschung, an der Börse, erwarb er seine Lorbeeren. Hier schob und ver- tahrte er. Er war es, der das Geheimnis, mit georgemten Geld große Geschäfte zu machen und es später, vollständig entwertet, zurückzugeben, zuerst erfasste. So kam er zu Sach- werten und brang in alle Industrien ein. Die Unter- nehmungen, bei denen er zu Einfluß gelangte, hier auf- zuführen, würde Spalten füllen.

Die veränderte politische Lage wußte Castiglioni geschickt auszunutzen. Da er in Triest geboren und dieses zu Italien kam, wurde er Italiener. Neben dem großen Vorteil, einem Siegerstaate anzugehören, konnte er in einer wesentlich festeren Währung (Itre) rechnen. Gemeinsam mit der großen italienischen Fiat A.G. kaufte er das größte österreichische Unternehmen, die Alpine Montanengesellschaft, auf. Das Aktienpaket der Fiat ging später auf U g o S t i n n e s über, mit dem er sich in die Präfektenschaft der Alpine teilte.

Bei den Finanztransaktionen bei der Alpine konnte das Syndikat Stinnes-Castiglioni riesige Gewinne buchen. Gemein- sam mit Stinnes baute Castiglioni in Österreich einen Konzern in großer Ausdehnung und bunter Mannigfaltig- keit auf.

Gestützt auf diesen Besitz stieß Castiglioni nach andern Ländern vor. In Ungarn betrieb er neben den Gemeinamtleistungsunternehmen mit Stinnes die Errichtung der Ungarisch-Italienischen Bank in Budapest. In der Tschechoslowakei herrschte er durch die Böhmische Union Bank. In Deutschland gelangte er zu Einfluß bei den Bayerischen Motorenwerken, der Hanja- und Branden- burgischen Flugzeug A.G., der Austro Daimler Motoren A.G., der H o b e A.G. und andere. Das Zwischenpiel mit der preussischen Regierung wegen des von ihm erworbenen Hauses in der Ziergartenstraße 16, Berlin, wo die deutsche Zentrale errichtet wurde, ist noch in früherer Erinnerung. In Italien nutzte er sein Heimatrecht aus, indem er bei großen Werken Unterstufung suchte und fand. Sie nennen ihn hier die Edison-Gesellschaft, die Carlo Feltrinelli, die Foresta A.G. und vor allem die größte Privatbank Italiens, die Banca Commerciale Italiana in Mailand. Mit den poli- tischen Machtverhältnissen Italiens schloß er Freundschaft; Mussoli- ni ist sein bester Freund und der höchste Orden aus. Das Machtbereich dieses Emporkömmlings konnte also fast keine Grenzen. Industriell, kommerziell und finanziell im Besitz riesiger Reichtümer, verbunden mit maßgebenden Industriellen des Auslandes, im Rücken die politischen Machtverhältnisse und Österreichs (in Österreich konnte er den Landeshaupt- mann von Christlichsozialen Partei, gewinnen) war er eine Macht ersten Ranges. Kein Wunder, daß sich allerhand Personen an seine Fersen hielten.

Doch die Quellen seines Vermögens waren trübe. Casti- glioni wußte die Macht großer Banken zu schätzen. So kam er in Wien nachdem er zur Unionbank, wo er später von Siegmund Wolf verdrängt wurde, ferner zur Kreditanstalt und zur Depositenbank, um die wichtigsten zu nennen. Als er bei der jetzt zusammengebrochenen Allgemeinen Depositen- bank auf dem Präsidentenstuhl saß, verließ er diese von einem Taumel in den andern. In kurzer Zeit zählten mehr als 100 Industrien- und Handelsunternehmungen zu ihrem Konzern. Mit ihr machte er auch die vielen genannten Spi- ritus g e s e l l s c h a f t e n, wegen denen er jetzt gerichtlich verur- teilt wird. Im Jahre 1919 gründete Castiglioni mit Heinrich Bronner (dieser hat ebenfalls hinter Schloß und Riegel) und den Achenes Rederer und zwei Brüdern Bondy (Schwe- den) der Prager Handelsbankpräsidenten des Bonds) ein Syndikat

zur Ausführung von 200 000 Hektolitern hochprozentigen Spiritus. Dieser ging hauptsächlich nach Köln und kam von dort nach dem umfassen Deutschland. Es ist noch in der Erinnerung, wie sich diese Affäre im politischen Leben der Tschechoslowakei ausgewirkt hat. Manche politische Schule wurde dadurch ge- knickt. Man schätz den Gewinn aus diesen Spiritusgeschäften auf mehr als 100 Millionen Tscheckencronen. Die Sache kam ans Tageslicht, weil die Syndikatmitglieder, wie es so oft im Leben geht, bei der Verteilung der Beute uneinig wurden. Castiglioni soll den Löwenanteil eingestekt haben. Allen Rederer und die Bonbys klagten auf die Heraus- gabe von 80 Millionen Tscheckencronen (7,5 Millionen Goldmark). Den Nutzen dieses Geschäfts bekam nicht die Depositenbank, sondern Castiglioni. Um ganz sicher zu gehen, gründete er in Zürich die Investment Company. Dieser Gesellschaft übergab Castiglioni seine Forderungen aus dem Spiritusgeschäft. Man klagt nun gegen Castiglioni, daß er die Depositenbank systematisch zugrunde gerichtet habe, indem er ihr die faulen Geschäfte überließ und die guten sich selber nutzbar machte. Das Goldvermögen der Depositenbank wurde 1918 auf 140 Millionen Goldkronen geschätzt, die übrig- gebliebene Konkursmasse entfiel kaum 10 Millionen.

Schon länger meldete die Presse einen stillen Abbau der großen Pyramide Castiglioni's, obwohl seine Mäntel (er kommandierte in Wien folgende Zeitungen: „Wiener Extrablatt“, „Wiener Mitagszeitung“, „Wiener Allgemeine Zeitung“ und „Sonntags-“ und „Montagsblatt“) dies zu verheimlichen suchten. Er hat bei der verunglückten Spekulation gegen den französischen Fremt große Verluste erlitten. Doch Castiglioni vergaß nicht, zu retten, was zu retten war. In Ungarn wie in Österreich ließ er seine Hoffnungen auf die Banca Com- merciale Italiana über schreiben. Diese italienische Großbank hat, um die Geschäfte Castiglioni's zu liquidieren, 125 Millionen Itre vorgeschossen. Das Schicksal seiner Industrieunter- nehmungen ist noch ungewiß, wahrscheinlich werden die Inter- essen Castiglioni's daran von der Banca Commerciale über- nommen. In der Alpine Montan ist Castiglioni Vorsitzender im Aufsichtsrat, Stellvertreter ist A l b e r t B o d y e r z o m Stinneskonzern.

Castiglioni's Rolle ist ausgespielt. Er ist mit einigen seiner Direktoren wegen betrügerischer Manipulationen an- geklagt und wird sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben. Eine Säule des neuen Reichtums ist gebrochen. Neben stehende Maschinen steigen zum Himmel. Der Geld dieses Draufziehers der kapitalistischen Wirtschaft hat sich durch den Untergang bei italienischen Großbanken gelichtet. Zurück bleibt das arme Österreich, das jene Kampyre ausgefogen.

„Gewerkschaftsbureaukratie“ vorhanden, deren Weiterwider bei Equisinus freilich nicht verhindern könne, daß sich die Bauarbeiter immer mehr zur Affordarbeit bekennen. Was mit der Rückkehr zum Leistungsvertrage eigentlich gemeint ist, ist in dem sogenannten „Alimentation der Arbeiter“ enthalten. Diese wieder beseitigt werden, weil sonst unsere Volkswirtschaft nicht wieder aufgebaut werden könne. Mit „Alimentation der Arbeiter“ sind offenbar Ferien, Vergütung des Lohnausfalls bei Erkrankung des Arbeiters, bei Todesfall in der Familie und sonstige nicht im Verzeichnis des Arbeiters liegende Arbeitsverhältnisse gemeint. Deshalb soll auch ein künftiger Reichslohnvertrag nicht mit „arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Hindernissen“ belastet werden. Weiter wird unter bekanntem Vorkommen mit dem Verbande sozialer Verbände, betreffend Verhältnisse unserer Mitglieder in solchen Betrieben bei Lohn- und Arbeitsstärken im Baugewerbe, als eine festsitzende Verleugung des § 1 Ziffer 5 des abgelaufenen Reichslohnvertrages bezeichnet. Die Unternehmer fordern die Abschaffung dieser „Leistungsstärkung“ in dem Sinne, daß Arbeitsstärken gegen am Vertrag beteiligte Unternehmer nicht eröffnet werden, solange Außenleiter unter den gleichen Voraussetzungen davon befreit sind.

In diesem Sinne ist auf der Unternehmertagung der sozialpolitische Teil behandelt worden. Wir haben zunächst erst diesen Teil herausgegriffen, weil er uns als Gewerkschafter am meisten berührt. Wir werden auf die Verhandlungen selbst zurückkommen, sobald uns die Berichte vorliegen.

Die Tagung des Innungsverbandes beschäftigte sich mehr — wie sie es nennen — mit Ständesfragen. Als eine solche „Ständesfrage“ stand auch die Lehrlingsfrage auf der Tagesordnung. Es ist eigentlich überflüssig, immer wieder festzustellen, daß der richtige Innungsmann unentwegt am alten Standpunkt festhält. Der Innungsverbandstag Deutscher Baugewerksmeister hat sich erneut gegen die tarifvertragliche Regelung der Lehrlingslöhne erklärt. Er hat sich damit gegen die von ihm selbst geforderte vermehrte Einstellung von Lehrlingen im Baugewerbe gewendet. Denn um die Jugend zu ermutigen, ein Bauhandwerk zu erlernen, muß man neben andern Dingen auch die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, die den Eltern das weitere Durchhalten des Schulunterrichts trotz geringer Verdienstmöglichkeit überhaupt ermöglichen. Das ist die Zahlung entsprechender Lehrlingslöhne. Bei der bekannten Halsstarrigkeit vieler Meister ist hier auf der ganzen Linie ohne tarifvertragliche Verpflichtung nichts Durchgreifendes zu erreichen. Der Verbandstag hat sogar noch ein übriges getan und gegen die beim Reichsarbeitsministerium bestehende Auffassung, wonach auch die Lehrlingslöhne tarifvertraglich geregelt werden müßten, einen „nachdrücklichen Protest“ eingelegt. Damit ist der einstige mecklenburgische Standpunkt wieder erreicht. „Es bleibt alles bei altem!“ Man behandelte dann noch Fragen, auf die wir im Rahmen dieses Aufsatzes nicht eingehen wollen. Das kann — falls es überhaupt nötig werden sollte — später geschehen.

Eine dritte Innungsmerkung war die Hauptversammlung des Beton- und Tiefbauarbeiterverbandes für Deutschland, abgehalten vom 16. bis 18. September in Hamburg. Dort wurde über die Arbeitszeit das gleiche Anliegen wie auf der Tagung des Arbeitgeberverbandes angestellt. Der Tagungsbuch hätte im Jahre 1923 seinen Höhepunkt erreicht. Wenn aber heute noch kein Tarifvertrag wieder abgeschlossen worden sei, so sei in erster Linie die Schuld dem Eingriff der Regierung zuzuschreiben. Dieser Eingriff sei gemacht worden durch die Arbeitszeitverordnung. Es wäre, nach Ansicht auch dieser Innungsmerkung, das einzig richtige gewesen, in der Verordnung ebenfalls eine ausdrückliche Regelung für die Saisonbetriebe zu treffen. Das sei nicht geschehen. Die einzige Möglichkeit, tarifvertraglich eine längere Arbeitszeit zu vereinbaren, sei bei den „sehr radikalen Bauarbeitern“ nicht gelungen. Deshalb sei zu fordern: „... eine eindeutige und unmittelbare Regelung (der Arbeitszeit) durch Gesetz, die sich nicht darauf beschränkt, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Regelung zu überlassen, sondern für die Wausaison eine Arbeitszeit vorschreibt, die den Ausgleich für die Arbeitsausfälle schafft und die gleichmäßig der Notlage der Wirtschaft Rechnung trägt.“

Die Bauarbeiter sollen also gleichschick gezeugen werden, länger als 8 Stunden zu arbeiten. Natürlich „im Interesse der Volkswirtschaft“. Selbstverständlich sehen auch diese Innungsmerker in der Affordarbeit ein weiteres Mittel zur Hebung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes beitragen wollen, ist auch auf dieser Tagung nicht beratteten worden. Deshalb wird, um mit einem Wort der Hamburger Innungsmerkung zu schließen, im Baugewerbe einseitigen noch der Zustand herrschen, wo „Kämpfe und dauernde Meinungsunterschieden und damit schwere Schäden für die Wirtschaft sich aus dem ungelärten Rechtszustand ergeben“.

Aus „Denkschriften“ der Unternehmer.

In der Nummer 39 des „Grundstein“ befaßten wir uns mit einer von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als Nummer 8 einer Schriftenreihe herausgegebenen „Denkschrift“ über die Arbeitszeitfrage in der Bauwirtschaft. Heute haben wir die „Denkschrift“ zur Nummer 7 dieser Schriftenreihe, die eine „Denkschrift zur Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“ sein soll, einige Bemerkungen zu machen. In dieser „Denkschrift“ wird nämlich behauptet, daß „der Facharbeitermangel auch bei den Gewerkschaften künftighin durch organisierte Abwanderung von Facharbeitern ins Ausland vergrößert wird, um teilweise Vorteile in der Lohnpolitik gegenüber den Arbeitgebern zu gewinnen“. Der Vorstand des DGB hat auf diese Behauptung hin bei der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände angefragt, welche Gewerkschaften dem zustimmen. Die Antwort lautete: „Der Bauarbeitermangel“ feststellungen aus der „Denkschrift“ über die Arbeitszeitfrage würdig zur Seite gestellt werden; denn ein Blick in die Erwerbslosenstatistik

unseres Bundes läßt sofort die Beweislosigkeit der Unternehmerbehauptung erkennen. Die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder erreichte in diesem Jahr im Monat Mai mit 9,58 % im Reichsdurchschnitt ihren niedrigsten Stand. Vorher war sie sehr erheblich höher, und selber ist sie ständig gestiegen. Mit dieser einen Feststellung könnte eigentlich schon die Unternehmerbehauptung abgetan sein; denn eine Abwanderung von etwa 35.000 Bauarbeitern, von denen etwa 10.000 Facharbeiter sind (sein niedrigsten Stand!), sollte nicht einfallen in die besondern Fälle, die die Unternehmer bei ihrer Behauptung im Auge haben, beweist die Reichstätigkeit ihrer Angaben. Es handelt sich in der Hauptsache um die fähigen Grenzgebiete. So soll nach den Angaben der Unternehmer die Auswanderung von Bauarbeitern aus Württemberg nach der Schweiz im Monat März 1924 besonders stark gewesen sein. Die Arbeitslosenstatistik unseres Bundes weist nach, daß im Bezirk Stuttgart im Monat März von 13.095 Mitgliedern 4.687 arbeitslos waren, 1.358 davon waren Facharbeiter. Rechnen wir die anders oder nicht organisierten Bauarbeiter hinzu, dann ist als sicher anzunehmen, daß die Zahl der im Monat März in Württemberg vorhandenen arbeitslosen Bauarbeitern mindestens 1.400 betrug. Wenn sich unter diesen Umständen zahlreiche Bauarbeiter um Arbeitsgelegenheit in der Schweiz bemühten, so ist die Erklärung dafür nachteilig nicht schwer. Willst du das zeigen, daß sich außerhalb der Landesgrenzen nach Arbeitsmöglichkeiten umsehen, um sich und ihre Familien nicht bei der staatlichen Erwerbslosenunterstützung verelenden zu lassen. Die 1.400 arbeitslosen Facharbeiter sind ein lebendiger Beweis dafür, daß dieser Ausweg bei weitem nicht für alle möglich war, und daß von einer Schädigung des württembergischen Baugewerbes durch Abwanderung von Facharbeitern keine Rede sein konnte. Der frühere Syndikus der Arbeitgeberverbände vom Baugewerbe in Württemberg hat das damals selbst zugegeben anlässlich einer Besprechung über eine Lohnherabsetzung, wobei von unsern Vertretern auf die Gefahr der Abwanderung von Facharbeitern infolge der niedrigen Löhne hingewiesen wurde. Er erklärte, daß die Auswanderung in diesem Jahr nicht nur für die Auswanderer selbst, sondern auch für die Arbeitgeber in ein Vorteil gewesen sei. Der gleichen Auffassung sind auch die in Frage kommenden Gemeindeverwaltungen, die trotz waren, daß recht viele Bauarbeiter in der Schweiz Arbeit finden konnten, wodurch erhebliche Steuern unproduktiver Erwerbslosenunterstützung gespart werden konnten.

Wie in Württemberg, so ist es auch in den Grenzgebieten Baden und Südbayern. Auch dort ist die Arbeitslosigkeit nie behoben worden. Trotzdem sind durch den Bauarbeitermangel keine Arbeiter nach der Schweiz vermittelt. Im Grenzgebiet Böhmen war unsere Verwaltungsjahre sogar bemüht, die abgewanderten Facharbeiter wieder zurückzuführen, als Arbeitsgelegenheiten diesseits der Grenze geboten wurden. Dadurch, daß unter Mitwirkung der Stabstelle in Vöhring eine Grenzzulage mit den Arbeitgebern vereinbart wurde, ist das auch in großem Umfang gelungen. Nach ein zweites Beispiel aus dem badischen Bezirk mag beweisen, was es mit der „Entscheidung des Arbeitsmarktes von Facharbeitern durch den Bauarbeitermangel“ auf sich hat. Von Mitgliedern des Württemberg war bei dem Landesratsamt in Baden und Württemberg die Bauarbeiter in der Gegend der Zulassung italienischer Bauarbeiter beantragt worden. Unsere dortigen Bezirksstellen wurden um ihre Meinung dazu befragt. Sie verweigerten ihre Zustimmung, erklärten sich aber bereit, arbeitslose Facharbeiter zu vermitteln. Schon nach achtstündiger Vermittlungstätigkeit teilte das Landesratsamt mit, daß diese Tätigkeit eingestellt werden könne, weil bereits Überflus an Arbeitskräften vorhanden sei.

Was die Unternehmer in dieser Angelegenheit getan haben, mag ein Beispiel aus Südbayern zeigen. Als unsere Kollegen von den dortigen Bauunternehmern ausgeperrt waren, erließ die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände besondere Rundschreiben an ihre Mitglieder. Darin hieß es unter anderem: „Stehende und ausgeperrte Bauarbeiter dürfen von der Industrie weder als Bauarbeiter noch als Industriebauarbeiter eingestellt werden.“ Es hieß weiter: „In der Industrie darf kein Mitglied für ein Mitglied der Bauwirtschaft als Bauarbeiter herangezogen werden.“ Auf der andern Seite muß von Bauwerkern verlangt werden, daß es selbst nicht stehende oder ausgeperrte Bauarbeiter anderer Bezirke bei sich aufnimmt. Wenn die Bauarbeiter eines Bezirkes von den Unternehmern durch Ausperrung auf den Pflaster geworfen werden, so kann es nichts Natürlicheres geben, als daß sie versuchen, in andern Bezirken in Arbeit zu kommen, und zwar auch als Industriebauarbeiter, wenn es als Bauarbeiter nicht möglich ist. Wird ihnen das im Inland unmöglich gemacht, wie es die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände bei der Ausperrung in Bayern versuchte, dann kann man es keinem Bauarbeiter verdenken, wenn er über die nahe Landesgrenzen geht. Und wenn dann die Organisation der Bauarbeiter — was allerdings nicht geschehen ist — ihre Mitglieder planmäßig ins Ausland vermittelte, dann frage auch daran die Schuld das Innungsmerkum. Als dann die Ausperrung beendet war, hat im Gegenteil unter Weglassung der in München die abgewanderten Kollegen aufgefordert, wieder zurückzukommen, um dadurch auch den Hilfsarbeitern im Baugewerbe wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Damit ist zugleich ausgedrückt, daß wir keine Ursache haben, die Facharbeiter zur Abwanderung zu veranlassen, wenn Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden ist; die Arbeitslosigkeit würde dann die Hilfsarbeiter nur um so stärker treffen. Wenn aber keine oder wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, dann ist eine Schädigung des Baugewerbes durch Abwanderung von Facharbeitern nicht möglich.

In der „Denkschrift“ erinnern die Unternehmer auch an die Worte Clemenceau, daß 20 Millionen Deutsche zu viel da seien und daß es das Ziel des Herrn Clemenceau sei, diese 20 Millionen wegzunehmen zu lassen. Sie weisen auch nach, daß unsere Produktions- und Ertragsverhältnisse bei annähernd gleichbleibender Bevölkerungszahl tatsächlich stark eingeschränkt ist. Kann es da schließlich bei der Grenze gehen, um für sich und ihre Familien den Lebensunterhalt zu verdienen und dadurch den Wünschen

des Herrn Clemenceau entgegenarbeiten? Auch von der Passivität der Handelsbilanz reden die Unternehmer in ihrer „Denkschrift“. Ist es mit Rücksicht auf die Passivität der Handelsbilanz nicht ebenfalls vorzuziehen, wenn möglich nicht viel arbeitslose Bauarbeiter, die im Inland sowieso keine Spurortiger schaffen können, durch Arbeit im nahen Ausland fremde Gelder ins Land bringen und dadurch zu ihrem Teil dazu beitragen, unsere Zahlungsbilanz auszugleichen? Das alles sieht die deutschen Arbeitgeber nicht an. Sie brauchen eine möglichst große Arbeiterarmee arbeitsloser Proletarier, die ihnen ihren Profit und die Geschäftsaufträge der Arbeiter sichern soll. Wer dem entgegenwirkt, der „schädigt die Wirtschaft“. Am diejen unheilbaren Vorwurf gegen die Gewerkschaften erheben zu können, stellen die Arbeitgeber in ihren Denkschriften Behauptungen auf, die nicht nur unwahr, sondern auch dumm sind.

Löhne und Arbeit im amerikanischen Baugewerbe.

Von Fritz Krefz, Tübingen.
Der Nummer 18 der „Sozialen Bauwirtschaft“ entnehmen wir den nachstehenden wiedergegebenen Brief des zuerst Nordamerika zu Studienreisen bereidenden württembergischen Zimmermeisters Fritz Krefz. Wenn er auch in der Hauptsache nur über die Zimmerleute berichtet, so dürfen die Verhältnisse bei den Maurern und Baufacharbeitern ähnlich sein. Soweit können wir jedenfalls sagen: Wären sich die deutschen Unternehmer in der Behandlung von Lohn- und Arbeitsfragen in der gleichen Weise einsehen wie ihre amerikanischen Berufsgenossen, so wäre die deutsche Wirtschaft sicher schon ein höchstes Stück weiter aus dem Dreck heraus.

Wenn wir in der Heimat davon hören, daß ein Maurer in New York je Tag bis zu 17, der Zimmermann bis zu 11 und andere Handwerker bis zu 10 Dollar für den Arbeitstag bekommen, so schütteln wir ungläubig den Kopf oder sagen uns, daß es sich in solchen Fällen um eine Ausnahme handelt, vielleicht um Spezialarbeiter, handle. Jetzt, wo ich mit eigenen Augen alles selbst betrachten und überprüfen kann, muß ich zugestehen, daß auch nicht das geringste zu viel behauptet wird. Aufrechter, Instandsetzer und andere zum Baugewerbe zählende Handwerker haben ebenfalls Tagelöhne von 8 bis 15 Dollar, und Arbeiter der nicht zum Bauhandwerk zählenden Berufe stellen sich selten auf weniger als 6 Dollar Tagelohn. In New York werden die höchsten Tagelöhne gezahlt. Der Stundenlohn eines Zimmerers beträgt zum Beispiel augenblicklich 1,81 Dollar. In andern größeren Städten ist der Stundenlohn 1 bis 1,25 Dollar. Auf dem Lande wird, wie überall, der niedrigste Lohn gezahlt, der jedoch nicht weniger als — 65 Dollar in der Stunde beträgt. Etwa 45 % aller Zimmerer von Nordamerika haben 1 bis 1,81 Dollar, etwa 20 % — 80 bis 1 Dollar und 35 % — 65 bis 0,80 Dollar die Stunde. (1 Dollar = 4,20 Goldmark.) Der Arbeitstag ist überall obligatorisch. In den Städten und größeren Ortschaften wird er streng eingehalten, auf dem Lande dagegen nicht. Ueber 9 Stunden wird aber nirgends gearbeitet. Rund 70 % der Bauarbeiter haben den Acht- und 30 % den Neunstundentag.

Wenn wir in der Heimat davon hören, daß im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten unerschöpflich hohe Löhne gezahlt würden, so war für uns das Höchstmögliche, zu sagen, daß die Arbeiter auch dementsprechende Leistungen verrichten müßten. Man sprach bei uns drüben davon, daß die Arbeiter gewisse Tagesleistungen zu verrichten hätten; zum mindesten sei ein Durchschnittsproduktum zu leisten und das Arbeitslohn ein Selbstverständlichkeit. Schlichtlich begründete man die hohen Löhne auch damit, daß eben die Kosten des Lebensunterhalts in Amerika weit über denen in Europa stünden. Was in Nordamerika als Dollar gelte, sei nach seiner Kaufkraft nicht mehr als bei uns eine Mark oder ein Frank. Daß der nordamerikanische Arbeiter nicht nur einen gerechten, sondern einen auskömmlichen, ja sogar einen „standesgemäßen“ Lohn bekomme, das anzunehmen gegen die „gute Sitte“ verstoßen. Wenige Unternehmer in Deutschland lassen sich davon überzeugen, daß ihre Bauarbeiter einen Schandlohn erhalten, und obgleich sie (die Unternehmer) bei höheren Löhnen doch mehr oder weniger einen Vorteil haben, antworten sie bei Lohnforderungen in der Regel mit einem entschiedenen Nein, wenn nicht gar eine Ausperrung androht oder verwirklicht wird. Weil wir eine höfliche Aufschubung des Unternehmenshandels — dem ich ja bis vor kurzer Zeit selbst angehörte — anrechnen. Aber wie liegen denn die Verhältnisse in Mitteleuropa, besonders bei uns in Deutschland?

Wegen ein paar Pfennigen mehr Lohn, die eine Arbeitergruppe (Zahlmeister) fordert, wird Peter und Morbio gerufen. Das Innungsmerkum kann angeblich keinen höheren Lohn gewähren, weil sonst wegen zu hoher Preissteigerung eine flaute Geschäftsjunktur die unausbleibliche Folge ist. Dagegen wird auf die Möglichkeit eines Mehrverdienstes durch den Acht- oder Elfstundentag hingewiesen, durch den das Arbeitslohn der Arbeiter insgesamt erhöht werden könne. Die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands sei doch beratteten, daß uns nicht übermäßig hohe Löhne, sondern nur die Mehrarbeit vor dem völligen Untergang retten können.

Das ist, in großen Umrissen, der Standpunkt des Innungsmerkums. Dagegen ist der Standpunkt des Arbeiters, ebenfalls in großen Umrissen: Geht uns mehr Lohn, dann können wir uns besser ernähren; erst dann sind wir in der Lage, Mehrleistungen zu machen. Unser Körper ist ausgepummt; von einer Maschine mit ungenügender Kraftquelle kann man unmöglich verlangen, daß sie mehr Kraft erzeuge. Wie vorhanden Arbeitslosigkeit darf keine Mehrleistung durch Arbeitsverlängerung gefordert werden; denn alle Arbeiter wollen Arbeit.

Zugegeben, daß beide Teile recht haben, kann auch gesagt werden, daß sie beide im Unrecht seien. Denn jeder Teil macht sein Recht von dem andern Unrecht abhängig. Aber gerade in diesem Widerspruch liegt das Geheimnis des Rätsels der bis aufs Herz erkrankten deutschen Wirtschaft. Stimmt es auch nicht, daß in Deutschland 6000 bis 8000 Beamte ununterbrochen damit beschäftigt sind, Lohnfreiheit zu regeln? Und kann man beispielsweise nicht täglich in Tages- oder Fachzeitungen lesen: „In München

men an. Die Ablehnung war für den Bezirk nicht glücklich; sie brachte die Internebergorganisation wieder zusammen. Schließlich lud der Schlichter Dr. Rüttgen die Parteien zum 10. Oktober zu einer Verhandlung, nach deren Abschluß ein Schiedsspruch gefällt wurde, der nicht gerade günstig ausfiel. Der vorliegende Entwurf über die Ortsfaktoreinteilung ist nur eine vorläufige Aufstellung, wobei die einzelnen Baugewerkschaften noch ihre Wünsche äußern müssen. Nicht nur zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch zum Aufbau der Organisation muß diese Konferenz Rücksicht aufstellen. — In der Aussprache schilderte Brauns, daß die Verhältnisse in Halle, unsere Baugewerkschaft habe dort die Zahl von 600 Mitgliedern schon wieder überschritten; die Ausgeriffenen halten wohl große Bedenken, aber die Katen seien. Der Bezirksvorstand müsse das Recht haben, obligatorische Streikbeiträge auszusprechen. Der vorliegende Entwurf berücksichtigt keineswegs, die Ortsfaktoreinteilung kann nicht vom reinen Tisch aus erledigt werden. — In ähnlichem Sinne sprachen die Kollegen Bismarck, Binger, Kallmeyer, Menckend, Wille, Sage, Hähne, Beck, die sämtlich betonten, daß Magdeburg zu wenig Rücksicht auf die bezirglichen Verhältnisse genommen habe. Steinrück widerspricht dem, die Magdeburger hätten das Beste für den Bezirk erwählt. Franzert klagt, daß die Beiträge im Bezirk nicht einheitlich sind, jede Baugewerkschaft müsse die Beiträge nach dem Stundenlohn zahlen. Nachdem noch einige Redner gesprochen, betonte Kollege Bernhardt, daß wir uns nunmehr auf eine andere Grundfrage einstellen müssen. Die Forderung der Lohnkämpfe sei heute viel schwieriger als in der Vorkriegszeit. Die Magdeburger Lohnbewegung hat für den Bezirk mitgewirkt, aber in erster Linie für sich. Die Lohnkämpfeinteilung ist eine Organisationsaufgabe, die jetzt gelöst werden muß; die Einheitlichkeit müsse wieder hergestellt, die Streikbeiträge müssen nach dem Antrag bewilligt werden. Für den Bezirk müssen wir den Erfolg von Magdeburg erst noch aufbauen. Neben dem Anspruch auf Recht stelle für die Kollegen die Pflichterfüllung. In einem Schlußwort empfiehlt Kollege Koch den Antrag Menckend, er lautet: „Die Bezirkskonferenz beschließt, zur besseren Finanzierung der bestehenden und noch zu führenden Kämpfe, daß jeder Kollege im Bezirk für 1924 mindestens 4 Streikmarken zu 1 M. Neben muß.“ Dieser Antrag wird gegen 1 Stimme angenommen. Dann spricht Kollege Bernhardt zum Wiederaufbau der Organisation. Eine Wessung der Wirtschaft habe sich an, da wird es auch für das Baugewerbe besser werden. Industrie und Staat werden mehr tun müssen als bisher, um den Wohnungsbau zu fördern. Der starken Vernachlässigung der Bauwirtschaft müsse abgeholfen werden. Wir müssen die Organisation neu aufbauen und die Mitglieder zur Pflichterfüllung zurückführen, alle Widerstände müssen beseitigt werden. Der Winter stellt große Anforderungen an uns, wollen wir wieder zu einem Reichstreff kommen, der uns paßt, dann müssen wir Kämpfer erziehen. Der Klassenverhältnisse im Grunde sind etwas besser geworden, der Vorstand hat die Streikunterstützung vom 12. Oktober an vor 70 % der Statutenmitglieder erhöht. Vom 20. Oktober an soll auf Grund einer Vereinbarung die Betriebsvertretung wieder in ganzen Betrieben nach dem im letzten Tarifvertrag festgelegten Richtlinien zur Geltung kommen. Die Betriebsvertretung ist das Bindeglied der Organisation. In allen Betrieben muß der Ausbau der Organisation betrieben werden, Bildungsbestrebungen müssen unterstützt und mit allen Mitteln gefördert werden. Sorgen wir für Aufführung für den Bund! Nach diesem mit Beifall aufgenommenen Ausführungen fand die Konferenz ihr Ende.

Der Streik in Magdeburg ist durch den Schiedsspruch erledigt. Die Arbeit wurde am 18. Oktober wieder aufgenommen. Der Streikverloß ist eine Erhöhung des Stundenlohnes bis 31. Oktober um 14 %. Vom 1. November an ist der Stundenlohn um insgesamt 16 % erhöht.

Aus den Baugewerkschaften.

Dresden. Am 7. Oktober sprach hier in einer gut besetzten Bauarbeiterversammlung das Bundesvorstandsmitglied Kollege Scheibel über die Aufgaben unserer Mitglieder nach dem Wundestag. Zu unserer Unterstützung erklärte er, daß die Unternehmer alles getan hätten, um den Tarifvertrag nicht zustande kommen zu lassen. Es sei nicht so, wie von gewisser Seite behauptet würde: Die Gewerkschaften besitzten den „Achtstundentag“. Wir können den schönsten Tarifvertrag mit 6 bis 10 Tagen Ferien und andern Vergünstigungen haben, wenn wir den Achtstundentag preisgeben würden. Nun aber liegt es an den Kollegen, das festzuhalten, was wir uns erkämpft haben. Leider gibt es einen Teil Kollegen, die gegen die Beiträge des Stundenlohnes auf ihre Rechnung zu kommen. Leider gebe es auch hier Kollegen, die den Arbeitgebern entgegenkommen. Niemand dürfe in die Irre gehen. Auch von den bisherigen vernünftigen Sätzen abweichen. Die Gewerkschaften der Lohnspanne zwischen Gelehrten und Ungelehrten müsse schärf entgegengetreten werden; so lange das Existenzminimum nicht erreicht ist, sollten die Gelehrten den Ungelehrten fest zur Seite stehen. Das Recht der Betriebsvertretungen müsse ebenfalls hochgehalten werden, da sonst das Baugewerbe als unabhängiges Gewerbe mit seiner großen Anzahl von Zweigbetrieben der Unternehmerwelt vollständig ausgeliefert sei. Die sozialen Kämpfe seien Einkämpfe bei unsen Lohnkämpfen, sie sind ferner die Vorarbeit für die sozialistische Wirtschaftsbildung. Wir müssen auch in Zukunft der Träger der sozialen Kämpfe sein. Etwas muß uns auch das Ideal, alle Stoff- und Genarbeit zusammenzuführen, vor Augen schweben. Vertrauen müsse wieder einziehen. Die Erfahrung, die sich die alten Kollegen in

Jahrzehnten angeeignet, müssen sich die jungen Kollegen zur Richtschnur dienen lassen, um alle die abzuwickeln, die bewußt Mittrauen in die Reihen der Arbeiterchaften. Hierauf berichtete Kollege Barth über die Lohnfrage. Wegen der unvernünftigen Preissteigerung auf dem Bedarfsmittelmarkt haben sich die Verwaltungen der Baugewerkschaft und des Zimmererverbandes mit den jetzigen Lohnsätzen beschäftigt und beschlossen, das Lohnabkommen zu kündigen. Die Verhandlung war mit diesem Vorhaben einverstanden. Unter andern wurde dann noch das Resultat der Abstimmung über Einführung der Affordarbeit im Maurergewerbe in Dresden vom Oktober 1924 bekanntgegeben. Abgegeben wurden 2121 Stimmzettel, davon waren unbeschieden 28. Für Einführung der Affordarbeit überhaupt waren 128, dagegen 2042 Kollegen. Für Affordarbeit im Mauern stimmten 192, dagegen 2052, für Affordarbeit im Putzen stimmten 259, dagegen 1879. Damit ist die Einführung der Affordarbeit mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meißen. Wie im deutschen, so ist auch im polnischen Teil Ober-Schlesiens eine weitere Feuerung zu bezeichnen. Es wurden daher für die Bauarbeiter im polnischen Teile Ober-Schlesiens neue Verhandlungen eingeleitet. Da diese kein Ergebnis brachten, wurden durch Schiedsspruch die Löhne der Maurer, Zimmerer und Zementfabriksarbeiter auf 85, der gelben Hilfsarbeiter auf 83, der Tischbauarbeiter auf 85 Groschen festgesetzt. Die Vereinbarung gilt vom 10. Oktober an bis auf weiteres. — Ein großer Teil der Kollegen unterläßt leider die Werberarbeit für die Organisation. Das muß in Zukunft anders werden. Da auf die andern polnischen Organisationen kein Verlaß ist, kann für die Vertretung der Interessen unserer Kollegen nur die alte Organisation in Frage kommen.

Aus den Fachgruppen.

Glasarbeiter.

Stundenlöhne im Glasergewerbe im Monat September 1924. Raden 73, Alenburg 1.24, 67, Auerbach 1.20, 75, Angsburg 80, Bamberg 75, Berlin 90, Bremen 80, Bremerhaven 70, Weeslau 60, Cassel 66, Coburg 57, Köln a. Rh. 78, Gimmichausen 87, Darmstadt 76, Dresden 73, Dortmund 80, Düsseldorf 80, Elberfeld 72, Erfurt 70, Frankfurt a. M. 74, Freiburg i. S. 67, Freiburg im Breisgau 75, Hensburg 65, Oera (Neuß) 57, Glauchau 70, Greiz 68, Gerha 62, Halle (Saale) 65, Hamburg 87, Hannover 75, Jena 64, Jüterbog i. Pr. 60, Kaiserlautern 72, Kiel 60, Königberg i. Pr. 77, Leipzig 76, Lübeck 73, Magdeburg 65, Meerane 70, Mittweida 60, Mühlhausen i. Th. 60, München 60, Naumburg 60, Pforzheim 67, Pirmasens 76, Plauen i. Vogt. 75, Rottb. 70, Queblinburg 65, Siegenburg 65, Weidenbach i. Vogt. 70, Hofstadt 60, Schemmer 60, Stettin 60, Weimar 65, Wismar 60, Wornitz a. Rh. (?), Zeitz 65, Zittau 65. Für Monat Oktober sind folgende Veränderungen gemeldet worden: Alenburg 62 %, Berlin 1.10 %, Köln a. Rh. 82, Darmstadt 82 %, Hamburg 1.4.

Meißen. Die Hungerlöhne, die in der Holzindustrie gezahlt werden, lassen auch bei den Glasern meistern jedes soziale Verständnis gegenüber den Gesellen vermischen. Mit einem Stundenlohn von 57 % ist es in Meißen ein unmögliches Kunststück, sich und seine Familie ernähren und leben zu können. Xrothem blieben alle unsere berechtigten Lohnforderungen unbeachtet, so daß wir zum letzten Mittel greifen mußten. Durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses erhielten wir eine Zulage von 5 %, so daß der Stundenlohn für das Glasergewerbe vom 8. Oktober an 62 % beträgt. Gleichzeitig wurde durch den Schiedsspruch festgelegt, daß der Glaselohn jeweils um den Betrag steigt, um den der Maurerlohn steigt. Obwohl der Schiedsspruch als günstig bezeichnet werden kann und die Meister dabei gut auf ihre Rechnung kommen, wird am Gefellenlohn stets herumgeknauert und der Serrenfallpunkt zum Ausdruck gebracht. Ob dadurch das „gehörliche Verhältnis zwischen Meister und Gesellen“ — wie es so schön im Innungsstatut heißt — gefördert wird, muß bezweifelt werden. Deshalb müssen wir uns auf uns selbst verlassen und einig und geschlossen in der Organisation verbunden sein. Das ist die Reichsfachgruppe der Glaser im Deutschen Baugewerksbund.

Begau. Am 11. Oktober sprach in unserer Fachgruppe Kollege Leipniz über unsere Organisationsverhältnisse, wobei er auch kurz die Beratungen unseres Fachgruppen- und Bundesrates schilderte. In der Aussprache wurde die Beitragszahlung besprochen. Der Werkstattvertreter wurde zur Pflicht gemacht, einige Kollegen, die im vorigen Jahre die Organisation verlassen, zu veranlassen, sofort der Organisation wieder beizutreten. Der Wunsch auf offenes Abhalten von Fachgruppenversammlungen wurde geäußert, um die Berufsgruppen besser zu erledigen und den Zusammenhalt besser sichern zu können. Mit den Internen in Begau besteht die Vereinbarung, daß stets der Stundenlohn nach der Höhe der Abmachungen des Leipziger Glasergewerkes gezahlt wird. Wo dies nicht geschieht, ist sofort dem Fachgruppenobmann Hesselbach Mitteilung zu machen.

Der Nachdruck im Glasergewerbe. Wenn die Glasmeister vielfach über Mangel an beruflichem Nachwuchs klagen und der Obermeister der Berliner Glasergewerkschaft seinen Verweisen durch einen Artikel „Wider die Verhehlung aus“ im Meisterorgan „St. Quers“ Ausdruck gab, so kann ein Ueberschüssiger leicht dem Berliner Arbeitsnachweis kein arbeitsloser Glasergeselle vorhanden sei, so kann ein Ueberschüssiger leicht bemerken, daß Glasergewerbe viele eine gesicherte Existenz. Für einen kleinen Prozentsatz der gelehrten Glaser mag das vielleicht zutreffen, jedoch der größere Teil der Gesellen hat jedes Jahr unter oft monatelanger Arbeitslosigkeit zu leiden. Dies wird bewiesen durch die von uns in allen größeren Städten vorgenommene Statistik. Das Jahr 1923 war für die Glasergesellen ein besonders trauriges, weil keine Arbeit vorhanden war und viele unserer Kollegen sich in andern Berufen Beschäftigung suchen mußten. Weil

aber gerade vom Berliner Innungsobmeister das Mißgeschick über den Mangel an Glasergesellen abgestimmt wird, wollen wir ihm die Zahl der arbeitslosen Glaser in Berlin vom Jahre 1923 — soweit sie bei uns organisiert waren — vor Augen führen. Am 1. Januar waren in Berlin 31, am 1. Februar 109, am 1. März 121, am 1. April 161, am 1. Mai 178, am 1. Juni 190, am 1. Juli 140, am 1. August 125, am 1. September 140, am 1. Oktober 119, am 1. November 276, am 1. Dezember 348 und am 31. Dezember 370 Gesellen arbeitslos. Das sind die Angaben aus Berlin, ähnlich waren die Verhältnisse auch in Köln, Düsseldorf, Leipzig usw. Wieviel Glend spricht aus diesen Zahlen! Unter diesen Umständen würden wir gewissenslos handeln, wenn wir Eltern veranlassen, ihre Söhne dem Glasergewerbe zuzuführen. Auch der soziale Arbeitsverdienst der Glasergesellen muß in Betracht gezogen werden: der Stundenlohn ist viel zu niedrig, weil das Glasergewerbe nur als Eisenberuf bezeichnet werden kann.

Steinholzleger.

München. Im 13. Oktober fand zwischen dem Verband der Arbeitgeber für Mäandern und Umgebung und dem Deutschen Baugewerksbund, Baugewerkschaft München, eine Verhandlung statt, bei der die Löhne für das Steinholzlegergewerbe mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche an wie folgt festgesetzt wurden: Der Lohn für Steinholzleger wird von 90 % auf 1 M. der Lohn für Zerkler von 80 auf 90 %, der Lohn für Hilfsarbeiter von 77 auf 85 % erhöht. Die sonstigen Vertragsbestimmungen bleiben in ihrer bisherigen Form bestehen.

Stukkateure und Putzer.

München. Hier wurde mit dem Bayerischen Stukkateureverband und Stukkateuren eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach sich der Stundenlohn für Stukkateure vom 22. September an von 87 auf 116 % erhöht. Die Abmachungen wurden einverstanden. Sonstige Bestimmungen des alten Vertrages bleiben bestehen, nur Absatz 8 wird infolgedessen geändert, daß bei Arbeiten, wo Uebernahmen notwendig, der Zuschlag für nicht an der Arbeitsstelle anfallende Arbeiter täglich nicht unter 3 Stundenlöhne als Vergütung gezahlt werden, daß Zins- und Bückschaft gezahlt und die Wartezeit in Stundenlohn vergütet wird. Urlaub wird gewährt beim gleichen Unternehmer auf je 76 Arbeitslöhne je 1 Tag unter Fortzahlung des jeweiligen Stundenlohnes.

Töpfer und Glaselager.

Achtung, Fenster! In dem Organ des Verbandes der Töpfer- und Glaselagermeister, der „Neuen deutschen Töpferzeitung“, werden zurzeit eine Anzahl Fenster gesucht. Kollegen, die beschäftigen, sind verpflichtet, sich vorher von der Baugewerkschaft zu wenden, damit diese angenommen werden soll, ansonst, ob bei dem betreffenden Unternehmer Differenzen vorliegen. Dies muß jeder Kollege befolgen, damit er sich davor bewahrt, unter Umständen zum Streikführer zu werden.

Lohnbewegung. In Ost o d wurde vereinbart, daß der Stundenlohn für Fenster 6 % mehr als der jeweilige Maurerlohn beträgt. Vom 1. Oktober an erhalten die Fenster 80 % Stundenlohn. Außerdem wurde ein Ferienabkommen getroffen, wonach 2 % des bedeutenden Lohnes als Ferienentschädigung gezahlt werden. Diese gelangt in der Zeit vom 1. Mai bis 1. August zur Auszahlung. — In Duisburg und Mühlheim a. d. Ruhr stehen die Forderungen im Streit. Zwischen der Vereinigung der Arbeitgeber im Platengewerbe von Rheinland-Westfalen und dem Deutschen Baugewerksbund sowie dem Verband, deutscher Bauarbeiter ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach vom 1. April 1924 an 31 zum Abschluß der Verhandlungen über einen neuen Arbeits- und Affordvertrag der Multiplikator für die Berechnung der Affordsätze das 850-milliardebeträgt. Der Tagelohn steigt 17 % über dem tariflichen Maurerlohn. Wendet sich der Maurerlohn, so ändern sich auch prozentual die Affordsätze. Diese Vereinbarung ist von den Internen in Duisburg und Mühlheim gebrochen. Bis zum 14. August wurde sie eingehalten. Nach der Vereinbarung standen die Affordpreise vom 14. August an um 9 %, vom 2. Oktober an um 12 % über dem Friedensaffordpreis. Nun weigern sich die Internen, dies anzuerkennen, trotzdem die Vereinbarung klar und deutlich besagt, daß sie Gültigkeit hat, bis ein neuer Lohn- und Affordvertrag abgeschlossen ist. Unsere Bereitwilligkeit, mit den Internen einen neuen Tarif abzuschließen, wurde von ihnen abgewiesen. Eine Anzahl Internen im Vertragsgebiet zahlt die 12 % nur in den genannten Orten, wo wir nur durch eine Arbeitsniederlegung entgegenzutreten konnten. Zugunsten der genannten Orten ist streng fernzuzuhalten! — Aus dem Freistaat W a b e n geht uns die Mitteilung zu, daß Verhandlungen stattgefunden haben, die es ermöglichen, in den Osenfabriken von Heibelberg und Mosbach die Arbeit wieder aufzunehmen. In O s w ill der Fabrikant W o 16 Osenformer nicht wieder einstellen. Deshalb geht in diesem Betrieb und auch in Laß der Streit weiter. — In W u n g l a u mußte der Streit abgebrochen werden. Nähere Mitteilungen darüber können wir erst später machen. — Eine Verhandlung wegen Erhöhung der Osenformelöhne im Freistaat S a c h s e n ist ergebnislos verlaufen. Die Fabrikanten lehnen jede Anhebung der Löhne wegen Erhöhung der Osenformelöhne ab. Am 10. Oktober haben Verhandlungen stattgefunden, wobei die Internen auf Affordarbeit 5 % bewilligten und die Stundenlöhne der Brennhausarbeiter auf 42 % und die der Wrenner auf 45 % erhöhten. Die Höhe der weiblichen Hilfsarbeiter zu erhöhen, lehnten die Internen ab. Die Kollegen werden einwilligen dieses Angebot annehmen, außerdem wird aber der Schlichtungsausschuß angezogen. — In K a t t o w i t z, wo die Töpfer immer noch gemeinsam mit den deutschen Kollegen vorgehen, wurden nach dreitägigen Streit 25 % Lohnserhöhung erreicht. Damit ist der Stundenlohn von 90 auf 113 Groschen gestiegen. Nebenfalls ein sehr beachtlicher Erfolg, der nur dem festen Zusammenhalt der Kollegen zu danken ist. — Für das Friesenlegergewerbe in

München wurde am 9. Oktober ein Schiedsspruch gefällt, dem beide Teile die Zustimmung gaben, wonach vom 10. Oktober an der Stundenlohn für Leger 1,15 M für Hilfsarbeiter 88 ¢ beträgt. Die Abschläge nach den Bestimmungen der Vorzeitsätze sind um 10 % erhöht. Ein für das Köpfergerberwerk München und Umgegend gefällter Schiedsspruch brachte vom 6. Oktober an einen Stundenlohn von 1 M. Die Abschläge des in der Vorzeitsätze abgehandelten Lagers wurden um weitere 10 % erhöht. Die Entfernungszulagen wurden verbessert, ferner wurden Ferien festgelegt, wonach auf je 50 Arbeitstage bei demselben Unternehmer 1 Tag Urlaub bei Fortzahlung des vollen Stundenlohnes gewährt wird. — In Magdeburg wurde der Stundenlohn der Ofenleger auf 85 ¢ erhöht, bei Vorarbeiten beträgt der Gesamtzuschlag jetzt 125 %. Die Abmachung gilt vom 10. Oktober an. — In Nürnberg sind die Köpfer in den Streit getreten, nachdem die Unternehmer ihre Forderung, 10 % über dem jeweiligen Maurerlohn, abgelehnt hatten. Zugang ist fernzugewiesen!

Warnung vor Rumänien! Ein Kollege teilt uns mit, daß er ½ Jahr in Rumänien bei der Firma Zancu & Naminger, Braila, beschäftigt war. Da die Firma einheimische Arbeiter nicht bekommt, wandert sie sich wegen Desformier nach Deutschland, berichtigt bei der Anwerbung das Blau vom Himmel, um dann nichts zu halten, wenn die Kollegen erst in Braila sind. Das Reisegeld wird auf 1 Jahr gestundet, damit wird der Kollege an den Betrieb gefesselt und wenn er dann nicht so wie die Firma will, dann wird die Kollege gerufen, die den Kollegen wieder freie macht. Vor allem ist es der Herr Naminger, der sich gegen die Kollegen Brutalitäten erlaubt. Deshalb meidet die Firma Zancu & Naminger in Braila!

Ofenleger stellt ein Franz Göbel, Ofenfabrik, Stiefberg in Schlesien, Sand 44.

Zünftige Ofenleger auf transportable Kachelöfen stellt sofort ein früherer Ofenfabrik, Bismarckstr. 2, Berlin. Schöneberg, die Wert auf Winterarbeit legen, stellen für dauernd ein Dreiner & Nattenberg, Köln, Mittelstr. 3. Höhegeld noch nicht vergütet.

Ofenleger werden nach Bremen gesucht. Stundenlohn 1,25 M, Logis vorhanden. In Medien im Bureau des Deutschen Baugewerksbundes, Langturm 39.

Zünftigen, selbständigen Ofenleger auf Bezug sucht sofort Reinhold Bergmann, Döplermeister, Ober-Schreiberhaus (Hofengeb.).

Zünftige, selbständig arbeitende Ofenleger sucht für dauernd Paul Meißel, Ofenfabrik, Frankenstein 1, Schl. Dorsstr. 21.

Best. Ofenleger sucht in angenehmer Baurechtung Hans Jander, Baumbergstr. 2, Wilmersdorf 22.

Zünftige Ofenleger für Heizkammerheizungen und transportable Kachelöfen, möglichst auch mit Flächenheizungen vertraut, sucht sofort für dauernd Westf. Ofenbaugesellschaft, Winden i. W., Paulinestr. 2. Mehrere zünftige Ofenleger gesucht. Lorenz Witter, Ofenfabrik, Kaiserstr. 10, Berlin.

10 zünftige Ofenleger auf transportable Kachelöfen gesucht. Stundenlohn 80 ¢, Winterarbeit vorhanden. C. Seibt, Ofenfabrik, Wittensberg (Wegitz Dörf).

2 zuberwillige Ofenleger für dauernd gesucht. Carl Hommel, Bad Salzungen 21 Thüringen.

Mehrere Werkschneiderei, a. M. M. Schmitt, Schamotte, Sime-u. Rodels, stellt so. ein Willh. Engelmann, Ofenfabr., Maudorf b. Buchhammer.

Zünftige Ofenleger auf Heizungsarbeiten für die Dauer gesucht. Stundenlohn 85 ¢. Bei meist auswärtigen Arbeiten freie Station. Pfeifferhagen, Heideberg.

Mehrere zünftige Ofenleger sofort gesucht. Neise wird vergütet. Konrad Schmidt, Ofenbaugesellschaft, Langenfelau i. Schlesien.

Vom Bau.

Schlwege. (Angliadssfall.) Auf der Nischendorfer Güte (Kreis Rodenburg a. d. Fulda, Unternehmer Kinnbach) soll ein neues Fabrikgebäude erbaut werden, von dessen Gelände ein mit der Zeit angekaufter Schlackenhausen, ungefähr 750 cbm, weggeräumt werden muß. Kroppheim schon seit längerer Zeit beobachtet wurde, daß der Schlackenhausen nicht genügend abgekühlt war, unterließ man alle Vorkehrungsregeln. Der Hausen wurde, wahrscheinlich durch die durch das Begräumen verursachte Bewegung, immer glühender; dies führte am 29. September zu mehreren Explosionen und Ausbrüchen. Einer unserer Kollegen, Heinrich Zba aus Blankenbach, wurde durch den starken Aufwind zu Boden geworfen und mit glühender Schlacke überhäuft. Er erlitt sehr erhebliche Brandwunden am ganzen Körper und liegt schwer darnieder. Dieser Unfall und ähnliche Unfälle der letzten Zeit im Gebiet unserer Baugewerkschaft zeigen erneut, wie notwendig auch auf dem flachen Lande die Anstellung von Baukontrolloren ist, um Leben und Gesundheit der Bauarbeiter mehr zu schützen als bisher. Die Bauarbeiter-schutzbestimmungen werden gerade in den ländlichen Gebieten am allerwenigsten beachtet. Daß das endlich besser werde, dafür müssen auch unsere Kollegen eintreten.

Goßlar. (Schworer Angliadssfall.) Am 8. Oktober ereignete sich kurz vor 12 Uhr beim Wiederaufbau der Staene, die im Frühjahr durch Explosion und Feuer zerstört wurde, ein schwerer Unglücksfall, dem 2 Kollegen zum Opfer fielen. Solange Woburn war sofort ist, Solange Stignot wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht; seinem Aufkommen wird gewisheit. Die beiden Kollegen hatten einen Stein von ungefähr 60 Pfund Schwere zum Mauerwerk genommen und als sie dabei waren, diesen Stein auf das Gerüst zu legen, soll noch ein Stein nachgefallen sein, der auf das Gerüst schlug. Dabei ist der Niegel gebrochen, die beiden Kollegen stürzten aus einer Höhe von 12 m herab. Wäre noch ein Schutzgerüst vorhanden gewesen, so wäre es möglich gewesen, daß die Kollegen auf diesem liegen blieben, dann wäre das Angliad nicht so groß geworden. Aber nichts war vorhanden. Auch dieser schwere Unfall beweist, wie notwendig es ist, mehr Baukontrolloren vorhanden sind. Wozu sind denn die Unfallverhütungsvorschriften da? Auch ist es notwendig, diesen Bau ganz besonders zu kontrollieren; er wurde durch Zulassung vergeben, wobei die Angebots von 58 000 bis zu 150 000 M gingen. Die hiesigen Unternehmer hatten von 120 000 bis 140 000 M verlangt, die Arbeit wurde jedoch der Firma Böhler

in Hannover übertragen, die 72 000 M verlangt hatte. Nach der Aussage des Richters sollten die Kollegen Woburn und Stignot auf diesem Gerüst gar nicht arbeiten, sie sollten das zweite Gerüst wieder in Ordnung bringen, weil sie das obere abgerissen hatten, um die Steine abzunehmen. Der Niegel war eben viel zu schwach, da er das ganze Gerüst in einer Länge von 5 m halten mußte; es war noch ein Querbaum angebunden, auf dem gleichfalls 5 Niegel lagen, mithin mußte der eine Niegel die ganze Last tragen. Der Bruch dieses Niegels verursachte den Todessturz der Kollegen. Kollegen, lernt aus diesem Unfall, daß wir die Bauarbeiter-schutzvorschriften beachten, um solche Unfälle zu verhindern.

Allgemeine Rundschau.

Karl Kaustky 70 Jahre alt. In seltener geistiger und körperlicher Frische began am 16. Oktober Karl Kaustky seinen 70. Geburtstag. Kaustky hat der Arbeiterbewegung viel gegeben. Seit einem halben Jahrhundert ist er dabei, die Arbeiterschaft zur marxistischen Weltanschauung zu erziehen. Es ist hier nicht der Raum, sein Wirken im einzelnen aufzuführen. Der Name Kaustkys als der des vornehmsten Kollektors der Lebrer von Marx und Engels hat Weltkur erhalten. Wir wünschen dem Jubilar zu seinem Jubiläumstage von Herzen Glück. Möge er dem Proletariat noch vieles lehren, das dessen Waffen stärkt im Befreiungskampfe aus den Fängen des Kapitalismus.

Anatole France. Im Alter von 80 Jahren ist Anatole France (Wirklicher Name France = Frankreich) in seinem verkommenen Häuschen in der Buchellerie bei Tours verstorben. Mit ihm ist ein Mann voll genialsten Wissens, ein Dichter von Weltkur dahingegangen. Ganzschon sagt in „Hamburger Echo“, Europa habe seinen besten

Für die Woche vom 19. bis 25. Oktober ist der 43. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.

Sohn verloren; Theodor Wolff sagt im „Berliner Tageblatt“, daß mit seinem Tode der kostbarste Schatz in dem Diadem der Menschheit gefallen sei. Wichtig sind die Aussprüche in andern Lebensstufen. Ein solcher Mensch muß in sich gigantische Kräfte und herrliche Eigenschaften vereinigt haben, dies beweist das einmütige Lob, das diesem gewaltigen Geist Bürgerliche und Sozialisten in seltener Einmütigkeit spenden. Seine Dichtungen, Romane und Novellen sind das Schöne, was er darbringen, Berlin edelster Poesie und feinstgegliedertem Stils, bewundernswürdiger Dialekt. Sein Dichter und Mensch wendete er sich gegen Materialismus, Militarismus und Chauvinismus, in den Sozialisten fand er die tapfersten Bundesgenossen seines Strebens. Er war dabei kein Prinzipienreiter, kein Kendenbör, aber auch kein Salonsozialist. Noch vor einigen Wochen erhob dieser seltene Geist in einer Pariser Versammlung der Liga der Menschenrechte seine Stimme und rief in den ergriffen lauschenden Saal die Worte: „Annette, Fiebeln!“ — Anatole France ist tot. Seine Werke, sein Witz und Andenken bleiben unvergessen. Wir sagen nicht, er war einer der unsren. Dazu stand er uns zu unerschütterlich hoch und wir beugen uns in Ehrfurcht diesem herrlichen Titanengeist, der der Menschheit mit den edelsten Waffen vortrang, mit der Flagge der Humanität und der Menschenverehrung. Aber einen Platz behält Anatole France auch im Herzen des Proletariats, das ihn mit Solg zu den Größten aller Zeiten rechnet, die auch inniges Verständnis für die Nöte der Enterbten hatten.

Karl Winkelmann. Der Deutsche Wirtsherverband hat durch den Tod seines bisherigen Vorsitzenden Karl Winkelmann einen herben Verlust erlitten. Winkelmann schloß sich schon frühzeitig der modernen Arbeiterbewegung an. Schon während des Sozialistengesetzes stand er als Kämpfer in den vordersten Reihen. Den Vorsitz im Wirtsherverbande hat er 27 Jahre hindurch geführt. Daneben hat er sich auch politisch hervorgetan. In Bremen genöß er lange Zeit großes Vertrauen, so daß er als Mitglied in die Nationalversammlung und in die provisorische Regierung Bremens im Jahre 1919 beordert wurde. Der Verstorbene hat ein Alter von 68 Jahren erreicht. Ueber seinen Verband hinaus hat er sich ein dauerndes Andenken gesichert.

Ein Duster der bolschewistischen Weltanschauung? In Neunfirer, das zur Baugewerkschaft Saarbrücken gehört, führte die Verwaltung unseres Bundes Jakob Scherrer. Er war starrer Kapesist und handelte danach. Schließlich aber festlen seiner Klasse — wir sind leider immer noch im kapitalistischen Staat — 4749,54 Frank. Scherrer erkannte diese Schuld an, erklärte sich auch zur Rückzahlung bereit, zog es dann aber vor, seinem verpfuschten Leben in den Fluten der Saar ein Ende zu machen. Wieviel von diesem tragischen Lebensverlauf kommt auf das Schuldkonto der bolschewistischen Geistesverwirrung?

„Gegen die Durchführung des Londoner Einheitsplanes“ lautet eine der neueren Parolen Mostaas. Sie findet begeisterten Widerhall bei wässigen Reichsbolschewisten. Daß Deutschland sich mit der Ablehnung des Sachverständigenrats abtut — von dessen Durchführung kein Mensch in Deutschland parabolische Zustände erwartet — unter die Diktatur der sogenannten Siegerstaaten geben und seine Lage auf alle Fälle ungeheuer verschlechtert hätte, kümmert weder Londoner noch Mostaas. „Die Durchführung des Danesplans bedeutet eine ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit“ heißt es auch im neuesten Aufsatz Mostaas. Das wäre allerdings das genaue Gegenteil dessen, was alle Parteien des Londoner Abkommens erreichen wollen. Nämlich: Deutschland leistungsfähig für die Wiedergutmachung zu machen. Ausbeutungsfähig! Alle Leistungen — ob Sachwert oder

Sachwert — entpringen aber doch der wirtschaftlichen Leistung der Arbeit. Ein Deutschland mit „ungeheurer Arbeitslosigkeit“ könnte aber nichts leisten und der „Männerplan“ wäre dann sowieso erledigt. Das kann also der Sinn des Danesplans nicht sein. Wir erwarten von seiner Durchführung eine Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Dieser Auffassung ist auch der wirtschaftliche Sachverständige der Volkswirtschaften, Professor Barqa. Er schreibt in der Moskauer „Pravda“ vom 15. August: „Die Weltwirtschaft des Danesplans wird die deutsche Industrie vor einer neuen Krise schützen, die Periode der Stabilisierung der deutschen Markt verlangsamen und deshalb die Wiederholung der akuten revolutionären Situation vom Jahre 1923 hinauszuversetzen.“ Das wäre allerdings zugleich das Ende der kommunistischen Hochkonjunktur. Daß die SPD. nur in Zeiten des größten wirtschaftlichen Glendes geblüht, ist allgemein bekannt. Diese Erkenntnis scheint jetzt auch in die kommunistischen Kreise einzudringen. Schreibt die Wilhelm Koenen in der „Noten Zeitschrift“, Nummer 112, über das Ergebnis der Reichstagswahl in Oberschlesien, wo die SPD. eine schwere Schlappe erlitt: „Der 21. September traf die arbeitenden Massen Oberschlesiens in einer Stimmung, die nicht von den Neusten Hochstimmung ergriffen war.“ Die SPD. hat bei dieser Wahl von den 130 000 Stimmen, die sie am 1. Mai bekommen hatte, in 4 Monaten „ungefähr 40 %“ also fast die Hälfte der Stimmen verloren. Bei solchen Ausfällen verliert man die moralischste Gegenwehr trotz ihrer eigenen besseren Einsicht. Wir verstehen ihren neuen Schlagkraft um so besser, weil — nach Barqa — „die Durchführung des Danesplans die demotivierten politischen Tendenzen in allen beteiligten Ländern verstärkt.“ Weiter sieht er „den Zerfall des deutschen Faschismus, den die deutsche Bourgeoisie jetzt nicht mehr braucht.“ Den die „Kommunisten“ aber doch so notwendig brauchen, möchte man hinzufügen. Ferner wird nach Barqa: „das Wachstum der Arbeiterpartei (in England) sowie des französischen Linksblocks und der deutschen Sozialdemokratie sich weiter fortsetzen.“ Der wirtschaftliche Sachverständige der Volkswirtschaften ist also der Meinung, daß die Durchführung des Danesplans die deutsche Wirtschaftskrise überwindet und die Finanzen stabilisiert. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit der Zustimmung auch für die Gewerkschaften. Denn Überwindung der Krise und Stabilisierung der Währung sind Vorbedingungen für erfolgreiche wirtschaftliche Kämpfe.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Erhöhte Streikunterstützung. Seit Montag, dem 13. Oktober, wird die Streikunterstützung nicht mehr nach der faktischen Erwerbstätigenunterstützung berechnet, sondern nach der Bestimmungen unserer Bundesabmachung, und zwar vorläufig zur Höhe von etwa 70 % der darin festgesetzten Höhe. Auf die in der Nummer 22 des „Grundstein“ und den Baugewerkschafts- und Bezirksvorständen besonders bekanntgegebenen Höhe wird nochmals verwiesen. Besonders zu beachten ist, daß bei Berechnung der Streikunterstützung der Beitrag der vierten Woche vor Streikbeginn zugrunde gelegt wird.

Bundeskalender. Soweit unsere Mitglieder noch keinen Kalender beim Vorstand ihrer Baugewerkschaft bestellt haben, müssen sie dies schnellstens tun. Auch die Vorstände der Baugewerkschaften, die noch keine Verteilungen beim Bundesvorstand aufgegeben haben, werden ersucht, nicht länger zu säumen, damit der Kalenderbesand keine Unterbrechung erleidet.

Ausgeschlossen auf Grund § 16 der Bundesabmachung sind von der Baugewerkschaft Danzig: Paul Hinz, Maurer, geb. 17. 4. 84 zu Danzig (888 880), Emil Sellwig, Maurer, geb. 21. 9. 80 zu Dörs (789 866), Fern. Müller, Maurer, geb. 12. 6. 85 zu Schlawe (892 103), Friedr. Lewandowski, Hilfsarbeiter, geb. 23. 11. 94 zu Danzig (1 354 568), Paul Genatowski, Hilfsarbeiter, geb. 18. 10. 88 zu Allenstein (1 354 610) und Wilhelm Schme, Hilfsarbeiter, geb. 27. 2. 97 zu Danzig (798 825); von der Baugewerkschaft Dölnen: August Comber, Florierer, geb. 7. 8. 99 zu Delmenhorst (834 540); von der Baugewerkschaft Greifswald: Paul Biese, Maurer, geb. 22. 11. 85 zu Jellendorf (1 058 478); von der Baugewerkschaft Hildesheim: Wilh. Reimer, geb. 29. 10. 75 zu Buhro (105 766), und Wilh. Reimer, geb. 7. 10. 01 zu Hildesheim (1 282 245); von der Baugewerkschaft Simeon: Fern. Söllner, Hilfsarbeiter, geb. 30. 4. 89 (855 893); von der Baugewerkschaft München: Adolf Wagner, Hilfsarbeiter, geb. 12. 1. 96 zu Siegersdorf, Hans Meyer, Hilfsarbeiter, geb. 23. 2. 89 zu München, Johann Nege, Hilfsarbeiter, geb. 2. 2. 02 zu München, und Max Nippredt, Hilfsarbeiter, geb. 28. 11. 90 zu Argentinville; von der Baugewerkschaft Preptow a. d. Rega: Gustav Kerwin, Maurer, geb. 11. 11. 83 zu Plegarten, Kreis Angerburg (697 628).

Der Bundesvorstand.

Eröffnungsbilanz am 5. April 1924 der Vereinigten Baugewerkschaften „Schiffahrt“ e. G. m. b. H. in Freiburg i. Br. in Liquidation.

Aktiva		Passiva	
Kassafonds	2 044,54 M	Gesellschaftsanteile	2 046,10 M
Banquofonds	1 193,32	Arbeiteranteile	176,64
Bausparfonds	15,29	Darlehensanteile	8 864,33
Materialeinlagen	2 198,43	Rückstellungsfonds	2 160,-
Bausparfonds	1 490,78		
Fonds	2 840,40		
Bausparfonds	500,-		
Rückstellungsfonds	280,-		
Bausparfonds	168,-		
Währungswertberichtigungen	1 385,16		
Summa	13 837,97 M	Summa	13 837,97 M
Gehalts- und Verfallfonds.		Gesellschaftsanteile	
Bausparfonds	359,89 M		359,89 M
Summa	359,89 M	Summa	359,89 M

Freiburg, den 6. April 1924.
Die Liquidatoren: ge. Schwarz, ge. Müller.